POSITION

DEUTSCHER
BUNDESJUGENDRING

Die Agenda Jugend, Frieden und Sicherheit international und national umsetzen: Junge Menschen an Friedensbildungsprozessen beteiligen

Die Agenda Jugend, Frieden und Sicherheit[1] (Youth, Peace and Security Agenda, kurz YPS-Agenda) der Vereinten Nationen (engl. United Nations, kurz UN) erkennt die Bedeutung, die junge Menschen weltweit als Akteure für Frieden und Sicherheit tragen, an und verankert ihre Teilhabe an Konfliktprävention und Friedensförderung auf lokaler, nationaler, internationaler und globaler Ebene.

Deutschland hat sich auf internationaler Ebene mehrfach zu einer aktiven Umsetzung der YPS-Agenda bekannt. Deshalb ist es nötig, dass die deutsche Bundesregierung national und international die Prinzipien der YPS-Agenda anwendet und auf diesem Weg die Teilhabe junger Menschen stärkt, in Gewaltprävention investiert sowie demokratische Resilienz und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert.

Zu diesem Zweck muss die Bundesregierung junge Menschen in Deutschland wirksam und nachhaltig in politische Entscheidungen in den Bereichen Außenpolitik, Humanitäre Hilfe, Friedensförderung, Entwicklungszusammenarbeit, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Katastrophenschutz sowie sozialer Zusammenhalt einbeziehen.

Die Beteiligung von jungen Menschen als Friedensakteure in allen Phasen der Friedensförderung und Friedensbildung[2], von Konfliktprävention bis Wiederaufbau, darf nicht nur in Deutschland stattfinden. Auch international muss die Beteiligung junger Menschen Teil des Maßstabs für Friedensbildungs- und Friedensförderungsprozesse sein, damit diese Prozesse nachhaltig in einer Gesellschaft wirken können.

Wie junge Menschen zu Friedenssicherung und Konfliktprävention beitragen

Junge Menschen und ihre Jugendverbände und -ringe engagieren sich in Deutschland und weltweit aktiv für den Erhalt und die Stärkung von Frieden und Sicherheit weltweit. Sie leisten mit ihrer Arbeit schon heute einen wichtigen Beitrag hierfür. Ihr Engagement stärkt die Widerstandsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt von Gesellschaften und stabilisiert demokratische Strukturen. Jugendverbände und -ringe leisten einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung, vermitteln demokratische Werte und bieten Erprobungsräume für demokratische Beteiligung. Sie leisten außerdem einen wichtigen Beitrag in der zivilgesellschaftlichen humanitären Hilfe – sei es in Krisen- und Konfliktsituationen, bei der Unterstützung von Geflüchteten oder in Wiederaufbau- und Friedensbildungsprozessen.

Eine nationale Umsetzungsstrategie für die Agenda Jugend, Frieden und Sicherheit in Deutschland

Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, eine nationale Umsetzungsstrategie für die Agenda Jugend, Frieden und Sicherheit der Vereinten Nationen zu erarbeiten. Diese Umsetzungsstrategie muss dabei:

Deutscher Bundesjugendring, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, info@dbjr.de, www.dbjr.de
Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

- berücksichtigen, dass die Arbeit an der Umsetzungsstrategie im Sinne der YPS-Agenda gemeinsam mit jungen Menschen, vertreten durch ihre Jugendverbände und -ringe, erfolgt. Junge Menschen müssen an allen Prozessschritten der Erarbeitung und Umsetzung beteiligt sein. Dabei muss sichergestellt sein, dass:

    1. junge Menschen institutionalisiert und unmittelbar an den tatsächlichen politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt sind und gleichberechtigt mitentscheiden dürfen,

    2. die Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung[3] eingehalten werden,

    3. die nötigen Maßnahmen ergriffen werden, um junge Menschen zur wirksamen Mitbestimmung in diesen Strukturen zu empowern,

    4. alle jungen Menschen unabhängig von ihrer Lebenssituation eine Teilnahme möglich ist und Zugangsbarrieren bestmöglich abgebaut werden (So sind beispielsweise die Erstattung von Reisekosten und die Bereitstellung von Dolmetschung eine notwendige Voraussetzung jungen Menschen die Teilnahme zu ermöglichen),

    5. die nötigen personellen, finanziellen und strukturellen Ressourcen für die Beteiligung junger Menschen zur Verfügung gestellt werden,

    6. fachliche Begleitung von Seiten des Deutschen Bundesjugendrings und der Bundesministerien sowie eine pädagogische Unterstützung durch den Deutschen Bundesjugendring gewährleistet ist.

- auf eine enge Zusammenarbeit mit der Fach- und Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung beim Deutschen Bundesjugendring ausgerichtet sein, die für eine nachhaltige Umsetzung von Jugendbeteiligung im Sinne der YPS-Agenda zusätzliche Ressourcen erhalten muss.

- eine interministerielle Arbeitsgruppe (IMA) zur Umsetzung der YPS-Agenda in Deutschland einrichten und junge Menschen, vertreten durch Jugendorganisationen und -ringe, an der IMA gleichberechtigt beteiligen.

- die interministerielle Zusammenarbeit zwischen insbesondere dem Bundesministerium des Inneren, dem Auswärtigen Amt und den Bundesministerien der Verteidigung, für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Sinne der Umsetzung der YPS-Agenda stärken und klar definieren, welches Ministerium welche Zuständigkeit und Rolle bei der Umsetzung der YPS-Agenda in Deutschland hat.

- eine klare Koordinierung der nationalen Umsetzung der YPS- Agenda zwischen den zuständigen Ministerien besteht.

Um Jugendbeteiligung und Youth Mainstreaming[4] im Sinne der YPS-Agenda deutschlandweit zu stärken, fordern wir die deutsche Bundesregierung sowie die Regierungen der Bundesländer dazu auf, junge Menschen flächendeckend in ihre Arbeit in den Bereichen der YPS-Agenda[5] einzubeziehen

und ihre Arbeit durch die Perspektive junger Menschen bereichern zu lassen. Hierbei dienen die oben beschriebenen Kriterien als Richtschnur für gute Jugendbeteiligung. Potenzielle Ansatzpunkte für eine Beteiligung junger Menschen im Sinne der YPS-Agenda in Deutschland sind z.B.:

- gemeinsame Dialog- und Austauschformate zwischen jungen Menschen (vertreten durch Jugendverbände und -ringe) und den Institutionen der inneren und äußeren Sicherheit.

- junge Menschen (vertreten durch Jugendverbände und -ringe) wirksam in die Erarbeitung von Präventionsstrategien gegen Extremismus, Hass und Radikalisierung sowie in den Kampf gegen sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt einzubeziehen.

- junge Menschen (vertreten durch Jugendverbände und -ringe) als Teil von internationalen Delegationen zu internationalen Organisationen und Konferenzen einzubinden.

- Auslandsreisen von Minister*innen von jungen Menschen (vertreten durch Jugendverbände und -ringe) begleiten zu lassen und die Kosten dafür zu übernehmen, um die Interessen junger Menschen auch hier sichtbar zu machen.

Um die Friedensbildung als Teil der politischen Bildung in Deutschland im Sinne der YPS-Agenda zu stärken, fordern wir, Friedensbildung ab dem Kindesalter als herausgehobenen Bildungsinhalt in den formalen und non-formalen Bildungsweg junger Menschen zu integrieren. Streitschlichtung, gewaltfreie Konfliktlösungsmodelle, Mediationsangebote und Interessenausgleich sind das Handwerkszeug für eine umfassende Erziehung zum Frieden.

Auch Friedensdienste z.B. in Form von Freiwilligendiensten im In- und Ausland sind ein wichtiger Bestandteil der Friedensbildung junger Menschen. Alle jungen Menschen müssen deshalb aktiv über Freiwilligendienste informiert, beraten und zu einem Freiwilligendienst eingeladen werden. Wer sich auf diese Weise für den Frieden engagieren möchte, muss einen geförderten Platz in einem Freiwilligendienst erhalten.[6]

Die Agenda Jugend, Frieden und Sicherheit in Deutschlands Außenpolitik umsetzen

Die deutsche Bundesregierung – insbesondere das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt – muss sich fortlaufend in ihrem außenpolitischen Engagement für die Umsetzung der YPS-Agenda einsetzen und darauf hinwirken, dass weltweit die nötigen politischen, finanziellen und logistischen Strukturen geschaffen werden, um junge Menschen an Friedensprozessen teilhaben zu lassen.

Dabei muss sich die Bundesregierung auch auf europäischer Ebene für die Umsetzung der YPS-Agenda einsetzen und darauf hinwirken, dass diese stärker in der gemeinsamen europäischen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik verankert wird.

Wir rufen die deutsche Bundesregierung auf, sich weltweit für Konfliktprävention und Friedenssicherung stark zu machen. Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, entschieden für die Einhaltung von Kinder- und Menschenrechten einzutreten. Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass junge Menschen, die sich für Kinderrechte, Menschenrechte und Frieden engagieren, sicher und frei von politischen Repressionsmaßnahmen und Strafverfolgungsprozesse, die dem Rechtsstaatsprinzip widersprechen, sind.

Um junge Menschen global zu unterstützen, muss die deutsche Bundesregierung außerdem im Sinne der YPS-Agenda in ihrer außen- und entwicklungspolitischen Arbeit darauf hinwirken, dass jungen Menschen ausreichend qualitativ hochwertige Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen und für sie ein Zugang zum Gesundheitssystem besteht.

Zur Umsetzung der YPS-Agenda ist es erforderlich, dass die deutsche Bundesregierung, sich dafür engagiert, dass weltweit ein uneingeschränkter Zugang für junge Menschen zu öffentlichen Räumen besteht und global eine wirkungsvolle Jugendbeteiligung im Sinne der YPS-Agenda umgesetzt wird. Hierfür ist insbesondere die Förderung resilienter junger Zivilgesellschaften von herausragender Bedeutung. Leider besteht jedoch ein weltweiter Trend zur Einschränkung zivilgesellschaftlicher Räume[7], so dass hier aktuell ein besonders großer Handlungsbedarf besteht.

Wir fordern die deutsche Bundesregierung deshalb dazu auf, in der Zusammenarbeit mit Partnerländern und beim Aufsetzen von Förderprogrammen im Bereich der Außenpolitik und der Entwicklungszusammenarbeit, ein besonderes Augenmerk auf die Förderung von zivilgesellschaftlichen Räumen, Jugendbeteiligung und die Umsetzung der YPS-Agenda zu legen.

[1] Die Agenda der Vereinten Nationen zu Jugend, Frieden und Sicherheit wurde 2015 in Form der UN-Sicherheitsratsresolution 2250 (2015) verabschiedet. Seither bekräftigen die UN-Sicherheitsratsresolutionen 2419 (2018), 2535 (2020) und 2807 (2025) das Engagement der Vereinten Nationen für die YPS-Agenda und die besondere Rolle, die junge Menschen für die Friedensbildung und -sicherung innehaben.

[2] Friedensbildung umfasst das Einüben eines gewaltlosen Umgangs mit Konflikten sowie das Schaffen von Rahmenbedingungen, die ein gewaltloses Lösen von Konflikten fördern.

[3] Weitere Informationen zu den Qualitätsstandards Kinder- und Jugendbeteiligung:https://standards.jugend-beteiligung.de/

[4] Youth Mainstreaming beschreibt die systematische Einbindung der Perspektiven, Interessen und Bedarfe junger Menschen in alle politischen, gesellschaftlichen und institutionellen Entscheidungsprozesse.

[5] Dies sind unter anderem: Außenpolitik, Verteidigung, Humanitäre Hilfe, Friedensförderung, Entwicklungszusammenarbeit, Innen- und Sicherheitspolitik, Katastrophenschutz, Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie Bildungspolitik.

[6] Siehe hierzu auch DBJR-Position “Freiwilligkeit stärkt Demokratie und den Zusammenhalt – für einen Rechtsanspruch auf Freiwilligendienst statt eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres”, https://www.dbjr.de/artikel/freiwilligkeit-staerkt-demokratie-und-den-zusammenhalt-fuer-einen-rechtsanspruch-auf-freiwilligendienst-statt-eines-verpflichtenden-gesellschaftsjahres, “Freiwilligendienste jetzt stärken!”, https://www.dbjr.de/artikel/freiwilligendienste-jetzt-staerken

[7] Siehe hierzu auch DBJR-Position: „Demokratie unter Druck: Shrinking Spaces für Jugend(verbands)arbeit in Deutschland, Europa und weltweit“,https://www.dbjr.de/fileadmin/Positionen/2025/251202-Position-ShrinkingSpaces.pdf

Einstimmig ohne Enthaltungen beschlossen durch die Vollversammlung 2026 in Berlin.